

tung.

Noch 1979 hatte der berühmteste lebende Lyriker Chinas, Ai Qing, von der Mauer geschrieben, daß sie "wie ein Messer eine Stadt entzweischneidet, daß sie aber gleichwohl das Denken von Millionen Menschen, das freier sei als der Wind, nicht aufhalten und ihre Hoffnung nicht einschläfern" könne. Solche Zeilen wären heute in einem offiziellen chinesischen Organ bereits wieder unmöglich.

Im übrigen applaudiert China jeder Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten. Beide hätten verschiedene Gesellschaftssysteme und seien wichtige Verbündete der miteinander verfeindeten Supermächte. Man sollte also annehmen, daß unter diesen Umständen Beziehungen zwischen ihnen so gut wie unmöglich seien. Doch habe die Entspannungs- und Besuchspolitik in den letzten Monaten das Gegenteil bewiesen. In diesem Zusammenhang wird auf die Besuche Franz Joseph Strauß, des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, Finanzminister Gerhard Stoltenbergs sowie des früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin, von Weizsäcker, in der DDR hingewiesen. Beide Länder unterhielten wachsende Austauschbeziehungen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Handel, Umweltschutz, Vorbeuge gegen Naturkatastrophen, Entwicklungshilfe und Gesundheitswesen. Sogar Abrüstungsexperten der beiden Länder hätten sich am 21. Oktober 1983 zu einem Meinungsaustausch getroffen. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten seien mit einem Grashalm zu vergleichen, der unbemerkt, aber zäh im kalten Wetter heranwachse. -we-

#### INNENPOLITIK

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(6)

#### Kritik an "linken" Einflüssen in den Provinzen

Seit April 1984 werden "linke" Tendenzen nicht nur auf der zentralen Ebene sondern auch und vor allem auf den Provinz-, Bezirks- und Kreisebenen vorrangig kritisiert. Diese Kritik am maoistischen Gedankengut ist ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten "Ausrichtung" der Kommunistischen Partei Chinas, in deren Verlauf die gesamte Partei ideologisch und personell am antimaoistischen Kurs der Fraktion um Deng Xiaoping ausgerichtet werden soll. Nachdem die zentrale Ebene von Partei, Staat und Armee fast vollständig von maoistischen Kräften gesäubert ist, richtet sich die Ausrich-

tungsbewegung nun vor allem gegen "linkes" Gedankengut und seine Verfechter auf den mittleren und unteren Ebenen.

Welche "linken" Erscheinungsformen wurden während dieser antimaoistischen Kampagne bisher am häufigsten kritisiert, und auf welche Provinzen konzentrierte sich die Kritik? Zur Beantwortung dieser Fragen wurden über 120 Zeitungs- und Rundfunkbeiträge ausgewertet, die von Januar bis Juni 1984 über die Bekämpfung von "linken" Tendenzen in den verschiedenen Provinzen veröffentlicht wurden. Mehr als 2/3 dieser Beiträge wurden in den letzten drei Monaten publiziert. Die in den Artikeln enthaltenen verschiedenartigen Forderungen nach Beseitigung "linker" Einflüsse wurden 7 Kategorien zugeordnet. Insgesamt enthielten die Beiträge 252 Forderungen nach Beseitigung "linker" Einflüsse, das heißt jeder Beitrag enthielt im Durchschnitt rund 2 unterschiedliche Forderungen.

Am häufigsten wurde die Beseitigung der "Linken" bzw. der "3 Arten von Leuten" (gemeint sind Anhänger des maoistischen Entwicklungskonzepts; P.S.) aus Führungspositionen gefordert: 71 bzw. 28% aller Forderungen hatten die Säuberung der Partei von kulturevolutionären Karrieristen zum Inhalt. Am häufigsten erhoben wurden sie in der Provinz Shanxi (10), im Autonomen Gebiet Guangxi (6) und in den Provinzen Yunnan (5) und Hunan (5).

Das Eingeständnis, bisher zuwenig gegen "linke" Einflüsse gekämpft zu haben, und die allgemeine Forderung nach vollständiger Beseitigung "linker" Tendenzen machen 56 bzw. 22% aller Anti-"links"-Beiträge aus. Das Autonome Gebiet Innere Mongolei (6) und Tibet (6) sowie die Provinzen Hebei (5) und Sichuan (4) liegen hier an der Spitze.

Die 43 Forderungen nach Beseitigung "linker" Hemmnisse bei der Durchsetzung von Reformen machen 17% aus und verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf 24 der 29 Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte. Lediglich die Provinz Hubei (5) und das Autonome Gebiet Innere Mongolei (4) ragen hier heraus. In mehreren Beiträgen wurde die Auffassung vertreten, daß die maoistische Ideologie (partei-offizielle Verschleierungsformel: "linkes" Gedankengut) das größte Hindernis bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen auf dem Land und in den Städten darstelle. Deshalb müsse die Verwirklichung der Reformen mit der politischen Ausrichtung der gesamten Partei am neuen Kurs

verbunden werden.

Ebenfalls recht gleichmäßig verteilt sind die 30 Forderungen nach Beseitigung "linker" Fehler in der sog. "Einheitsfrontpolitik", die 12% ausmachen. Hier geht es zu rund 90% um die bessere soziale und politische Behandlung der Intellektuellen.

Eng verbunden mit der Forderung nach Säuberung der Maoisten aus den Führungsorganen ist die Kritik am sog. "Fraktionalismus" (paixing), der sich darin äußert, daß die kulturevolutionären Linken die Beziehungen aus guten alten Zeiten pflegen und politische Notgemeinschaften bilden, um sich gegenseitig vor politischer Ausschaltung zu schützen. Die 27 Forderungen nach Zerschlagung des Fraktionalismus machen 11% aus und wurden bisher in folgenden Provinzheiten besonders häufig erhoben: Shanxi (6), Hunan (5), Shandong (5) und Guangxi (4).

Im Zusammenhang mit der Kritik am Fraktionalismus steht die Forderung, daß die Kulturrevolution vollständig negiert werden müsse und keine der kulturevolutionären Organisationen von der Kritik ausgenommen sei. Die 21 Forderungen dieser Kategorie machen 8% aus und häufen sich nur im Autonomen Gebiet Guangxi (7). Dort wird offenbar von kulturevolutionären Karrieristen die Schutzbehauptung vorgebracht, die Kulturrevolution habe auch positive Aspekte gehabt und nur die radikalen Rotgardistenorganisationen hätten falsch gehandelt.

In welchen Provinzen wurden bisher die meisten Forderungen nach Beseitigung maoistischer Residuen erhoben? In folgenden 13 Provinzeinheiten ist die Zahl der Anti-"links"-Kritiken überdurchschnittlich hoch: Guangxi (25), Shanxi (24), Yunnan (15), Shandong (13), Hebei (13), Innere Mongolei (13), Henan (12), Guizhou (11), Heilongjiang (11), Sichuan (11), Tibet (11), Hubei (10) und Hunan (10). Es ginge sicherlich zu weit, in allen diesen Provinzen auch gleichzeitig die größten Widerstände gegen den antimaoistischen Kurs der Parteizentrale zu vermuten. Allerdings fällt auf, daß sich in dieser Liste auch jene 3 Provinzen befinden, die immer noch von 1. Parteisekretären geführt werden, die in der Kulturrevolution Karriere machten: Guangxi (Qiao Xiaoguang), Yunnan (An Pingsheng) und Hunan (Mao Zhiyong). Von diesen 3 Provinzen hat bisher nur die Parteiführung von Hunan Selbstkritik wegen mangelhafter Beseitigung von "linken" Tendenzen geübt. Selbstkritik wegen "linker" Fehler wurde darüber hinaus von den Par-

teiführungen von Tibet, Hubei, Zhejiang und Qinghai geübt. -sch-

\*(7)

#### Scharfe Kritik an maoistischen Linken in Guangxi

In mehreren Beiträgen haben Radio Guangxi und die "Tageszeitung von Guangxi" mit großer Entschiedenheit die Auffassung zurückgewiesen, daß im Autonomen Gebiet Guangxi während der Kulturrevolution eine korrekte politische Linie gegolten habe. Weder könne von einem richtigen politischen Kurs noch von angeblichen Erfolgen während der Kulturrevolution in Guangxi die Rede sein, hieß es in diesen Berichten. Vielmehr habe man in Guangxi - wie in anderen Landesteilen auch - eine linksabweichlerische Politik betrieben. Eine ultralinke Politik habe in Guangxi jedoch nicht nur während der Kulturrevolution gegolten, sondern bereits seit den 50er Jahren habe man dort "sehr schwerwiegende 'linke' Fehler" begangen (Radio Guangxi, 29.5.84; nach: SWB, 1.6.84; siehe auch Radio Guangxi, 14./18./22.5.84, nach: SWB, 17./23./26.5.84).

In den Beiträgen der Massenmedien in Guangxi wurde auch die Auffassung der in der Kulturrevolution siegreichen Fraktion zurückgewiesen, nur die radikalen Rotgardistenorganisationen hätten "linke" Fehler begangen und müßten deshalb zur Verantwortung gezogen werden. Radio Guangxi erklärte am 14. Juni 1984 unmißverständlich, daß beide kulturrevolutionären Fraktionen in Guangxi der damaligen Parteiführung gefolgt seien und deshalb schwerwiegende "linke" Fehler begangen hätten. Es gebe keine wesentlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Fraktionen, denn keine habe korrekt gehandelt (nach: SWB, 18.6.84). Die "Tageszeitung von Guangxi" forderte in einem Kommentar vom 18. Mai 1984 die Säuberung von jenen Funktionären aus jeglichen Führungsorganen und aus der Partei, die während der Kulturrevolution Karriere gemacht haben, die auf der Auffassung bestehen, Guangxi habe während der Kulturrevolution eine korrekte Politik betrieben, und die sich noch immer gegen die Rehabilitierung von Opfern der Kulturrevolution sperren (nach: Radio Guangxi, 18.5.84, in: SWB, 23.5.84). Diese Ausführungen könnten sich u.a. gegen den langjährigen 1. Parteisekretär von Guangxi, Politbüromitglied Wei Guoqing, und seinen Nachfolger Qiao Xiaoguang richten, die während der Kulturrevolution die Politik in Guangxi maßgeblich bestimmten. Betroffen sein könnte auch der heutige 1. Parteisekretär der Provinz Yunnan, An Pingsheng, der von Mitte

1961 bis Ende 1976 zusammen mit Qiao Xiaoguang und Wei Guoqing zur politischen Führungsspitze von Guangxi zählte. -sch-

\*(8)

#### Parteiführung von Hunan gesteht "linke" Fehler ein

Die Parteiführung von Hunan gerät im Rahmen der "Ausrichtung" der KP Chinas offenbar zunehmend unter politischen Druck. Wahrscheinlich auf Veranlassung der Parteizentrale kam der Ständige Ausschuß des Parteikomitees der Provinz Hunan vom 26. April bis zum 9. Mai 1984 zu einer Sitzung zusammen, um im Rahmen der Ausrichtung der KPCh Selbstkritik zu üben. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees gaben zu, daß sie eine lange Zeit hindurch nicht im Einklang mit der Parteizentrale gehandelt hätten. Sie hätten den Einfluß "linker" Ideologie nicht vollständig beseitigt und die Kulturrevolution nicht vollständig negiert. U.a. gestand die Provinzparteiführung ein, daß man sich gegen die allgemeine Einführung des Produktionsverantwortungssystems der Landwirtschaft gesperrt habe und nicht hart genug gegen die Mitglieder kulturrevolutionärer Fraktionen vorgegangen sei. (RMRB, 8.6.84)

Am 18. Mai 1984 nahm der Ständige Ausschuß des Parteikomitees von Hunan - wahrscheinlich ebenfalls auf Druck der Parteizentrale - eine Entscheidung des Parteikomitees vom 24. März 1981 zurück, in der der frühere Rotgardistenführer Wang Anyi zum Widerstandskämpfer gegen die "Viererbande" erklärt worden war. Die damalige Einschätzung des Parteikomitees wurde in dem jetzt gefaßten Beschluß als "falsch" bezeichnet. Es sei deshalb auch nicht korrekt gewesen, daß der "hauptverantwortliche Genosse des Parteikomitees" damals nach Shaoyang gefahren sei, um Wang Anyi zu rehabilitieren und sich persönlich bei ihm zu entschuldigen (RMRB, 3.6.84; vgl. RMRB, 26.4.84). 1. Parteisekretär von Hunan und damit der "hauptverantwortliche Genosse des Parteikomitees" ist seit Juni 1977 Mao Zhiyong. Zusammen mit An Pingsheng (Yunnan) und Qiao Xiaoguang (Guangxi) zählt er zu jenen drei 1. Provinzparteisekretären (von 29), die während der Kulturrevolution Karriere machten und bereits vor der historischen 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees (Dezember 1978) ihre heutigen Positionen innehatten. Aufgrund ihrer politischen Karriere zählen sie zu den potentiellen Gegnern des antimaoistischen Kurses der pragmatischen Fraktion um Deng Xiaoping. -sch-

\*(9)

#### ZK-Kommission ruft zum Kampf gegen "linke" Ideologie und Fraktionalismus auf

Seit April 1984 steht die Kritik an "linken" Tendenzen im Mittelpunkt der innenpolitischen Entwicklung. Die ideologische Vereinheitlichung der gesamten Partei im Sinne des nachmaoistischen Kurses und die Säuberung der Parteiorgane auf den verschiedenen Ebenen von maoistischen Linken stehen dabei im Zentrum der sogenannten "Ausrichtung" der KP Chinas, die im Oktober 1983 eingeleitet wurde.

Die Kommission des Zentralkomitees zur Leitung der Ausrichtung der Partei forderte in einem Rundschreiben vom 30. Juni 1984 erneut die Beseitigung "linker" Denks und Handelns und rief zur Bekämpfung des Fraktionalismus innerhalb der KP Chinas auf. Die Kulturrevolution, so die ZK-Kommission, müsse vollständig negiert werden. Keine der damals sich bekämpfenden Fraktionen habe korrekt gehandelt, so daß sich kein Parteimitglied darauf berufen könne, es habe der richtigen Fraktion angehört. All jene Führungsorgane müßten neu besetzt werden, die von kulturrevolutionären Karrieristen oder Unruhestiftern kontrolliert würden (RMRB, 1.7.84). -sch-

\*(10)

#### Politik gegenüber den Intellektuellen

Nachdem die Intellektuellen (als solche werden in China Leute mit abgeschlossenem Hochschulstudium bezeichnet) in der Kulturrevolution stark diskriminiert waren, hat die Partei in den Jahren seit Maos Tod große Anstrengungen unternommen, die Intellektuellen zu rehabilitieren. Der tiefere Grund liegt darin, daß die Intellektuellen für die Modernisierungspolitik gebraucht werden. Während Partei und Regierung nicht müde werden, das Ansehen der Intellektuellen und ihre Schlüsselstellung bei der Modernisierung zu betonen, scheinen bei vielen Kadern der unteren Ebenen noch die alten Vorbehalte gegen die Intellektuellen zu bestehen. Jedenfalls sehen sich die Parteikomitees zahlreicher Provinzen in den letzten Wochen veranlaßt, einen neuen Vorstoß zur Durchsetzung der offiziellen Politik gegenüber den Intellektuellen zu unternehmen. In Heilongjiang beispielsweise veranstaltete das Provinzparteikomitee eine Tagung zur Intellektuellenfrage. Es wurde begrüßt, daß sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Intellektuellen in den letzten Jahren verbessert hätten, doch gebe es immer noch ideologische Hemmnisse; vor allem verhindere die Gleichheitsideologie, die Rolle der Intellek-

tuellen richtig zu begreifen. In der gesellschaftlichen Reproduktion sei geistige Arbeit höher zu bewerten als körperliche Arbeit, doch gemessen an dem Wohlstand, den die Intellektuellen schüfen, seien ihre Gehälter zu niedrig - niedriger als die von Arbeitern. Gemäß dem Grundsatz "mehr Bezahlung für mehr Arbeit" sollten daher die Gehälter der Intellektuellen erhöht werden (Radio Harbin, 27.5.84, nach SWB, 31.5.84; GMRB, 29.5.84).

In Jilin befaßte sich ein Rundfunkkommentar mit dem Problem. Einige leitende Kader, so hieß es da, würden es aus persönlichem Interesse vorziehen, mittelmäßige Leute anstelle von befähigten Fachleuten einzustellen. Diese Kader hätten die Bedeutung der Intellektuellen für die Vier Modernisierungen nicht erkannt; sie hätten sich schleunigst von diesen "linken Ideen" zu lösen und dafür zu sorgen, daß mehr fähige und politisch integere Intellektuelle in führende Positionen kämen und ihren Fähigkeiten entsprechend eingesetzt würden (Radio Changchun, 20.5.84, nach SWB, 25.5.84).

In der Inneren Mongolei geht man ebenfalls daran, "linke Vorurteile" gegen die Intellektuellen auszuräumen, die sich darin äußern, daß Intellektuelle große Schwierigkeiten haben, als Mitglied in die Partei aufgenommen zu werden (GMRB, 11.6.84; Radio Hohhot, 9.6.84, nach SWB, 12.6.84), ein Problem, das auch in anderen Provinzen besteht, z.B. in Hunan (Radio Changsha, 16.6.84, nach SWB, 21.6.84) und Hebei (Xinhua, chin., 17.6.84, nach SWB, 21.6.84). In Shanxi wird beklagt, daß aufgrund "linker Ideologie" und Cliqueswirtschaft Intellektuelle vielerorts immer noch Diskriminierungen ausgesetzt seien und daß sie nicht entsprechend ihren Fähigkeiten eingesetzt würden (Shanxi-Zeitung, 9.5.84, nach SWB, 13.6.84). In Guizhou, wo die Lage der Intellektuellen offenbar besonders unbefriedigend war, so daß Hu Yaobang eine Inspektion anordnete, wurden kürzlich neue Bestimmungen für eine bevorzugte Behandlung der Intellektuellen ausgegeben. So sollen in abgelegenen Gebieten arbeitende Intellektuelle u.a. höhere Gehälter bekommen (GMRB, 13.6.84).

Daß Intellektuelle nach dem Willen der Partei eine Vorzugsstellung genießen sollen und daß geistige Arbeit sogar höher als körperliche Arbeit eingeschätzt wird, zeigt, wie weit man heute in China von der kulturevolutionären Politik entfernt ist. Die ideologischen Schwierigkeiten, die sich aus der offiziellen Intellektuellenpolitik

ergeben, versucht die Führung dadurch zu umgehen, daß sie sich an Deng Xiaopings Grundsatz hält, der größte Teil der Intellektuellen gehöre zur Arbeiterklasse. Diese Meinung hatte Deng im März 1978 auf der nationalen Wissenschaftskonferenz vorgetragen (vgl. C.a., 1978/4, Ü 18). -st-

\*(11)

#### Schwerpunkte des politischen Studiums: Wirtschaftsreform und Öffnung gegenüber dem Ausland

Die ZK-Kommission zur Leitung der Ausrichtung der Partei rief in einem Rundschreiben vom 7. Juni 1984 die Parteikomitees der verschiedenen Ebenen auf, Studienkurse über den Regierungsbericht von Ministerpräsident Zhao Ziyang auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses (Mai 1984) zu veranstalten. Dabei soll das Schwergewicht auf die Reform des Wirtschaftssystems und die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas gelegt werden (RMRB, 9.6.84). Zhao Ziyang hatte diese beiden Maßnahmen als Schwerpunkte der künftigen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet bezeichnet.

Die den Reformkräften nahestehende Beijinger Zeitschrift "Liaowang" (Ausblick) ging in ihrer Ausgabe vom 4. Juni 1984 sogar noch weiter: Wirtschaftsreform und wirtschaftliche Öffnung seien politische Grundsatzentscheidungen von großer strategischer Bedeutung und müßten für eine ziemlich lange Zeit im Mittelpunkt der gesamten Arbeit stehen. Ein wichtiger Inhalt der Wirtschaftsreform sei die Ablösung von administrativen Maßnahmen durch ökonomische Methoden bei der Wirtschaftsführung. Im Gegensatz zur Landwirtschaft habe die Wirtschaftsreform in den Städten (d.h. vor allem in der Industrie) jedoch nur kleine, langsame Fortschritte gemacht und müsse deshalb beschleunigt werden. Liaowang-Autor Li Yi zitierte den stellvertretenden Ministerpräsidenten Wan Li, der die Auseinandersetzungen über die Reform mit der Entwicklung der chinesischen Revolution verglichen hatte: "Wir finden (heute) erneut jene Situation vor, in der die Dörfer die Städte einkreisen." (nach: ebda., S.4)

Im Gegensatz zu den Reformgegnern vertrat Li Yi die Auffassung, daß "die Bedingungen für eine umfassende Reform des (Wirtschafts-)Systems bereits reif sind". Der Liaowang-Autor bezeichnete die Wirtschaftsreform und die Öffnungspolitik als eng miteinander verbunden. Um beide zu verwirklichen, müsse mit der Beseitigung "linker" Einflüsse fortgefahren werden, da der Widerstand von "links" gegen diese Reformen auch

künftig sehr stark sein werde. Gleichzeitig müßten Wissenschaft, Erziehung, Kunst und Literatur und überhaupt der "gesamte Überbau" (sic!) reformiert und mit der Wirtschaftsreform verknüpft werden, um "eine gewaltige Reformflut" herbeizuführen (ebda.). -sch-

\*(12)

#### Neuer Direktor des ZK-Hauptbüros

Neuer Direktor des Hauptbüros des Zentralkomitees der KP Chinas (Zhonggong zhongyang bangongting) ist der 1. Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands, der 44jährige Wang Zhaoguo (RMRB, 4.5.84). Wang löst Hu Qili ab, der dieses Amt seit Mai 1982 innehatte. Der 55jährige Hu ist seit längerem geschäftsführendes Mitglied des ZK-Sekretariats und somit Stellvertreter Hu Yaobangs und dürfte mit den damit verbundenen Aufgaben voll ausgelastet sein.

Bis Mitte 1980 war Wang Zhaoguo Sekretär des Parteikomitees und stellvertretender Direktor der Autofabrik Nr.2 der Provinz Hubei. Auf dem XII.Parteitag der KPCh im September 1982 war er zum ersten Mal ins Zentralkomitee der Partei gewählt worden. Im November 1982 stieg Wang zum 1. Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands auf. Seine kompetente Karriere verdankt Wang Zhaoguo nicht nur der Tatsache, daß er bereits im April 1976 das Programm Deng Xiaopings gegen die maoistische Kritik verteidigte, sondern auch dem Zufall, daß er am 22. Juli 1980 von Deng Xiaoping persönlich "entdeckt" wurde.

Aufgabe des ZK-Hauptbüros ist wahrscheinlich die Koordinierung der Arbeit der verschiedenen des Zentralkomitee unterstehenden Organe anhand der Beschlüsse in den obersten Parteigremien (Politbüro und ZK-Sekretariat). Als ein rein ausführendes Organ ist das ZK-Hauptbüro quasi der verlängerte Arm des Politbüros und des ZK-Sekretariats innerhalb der zentralen Parteibürokratie. -sch-

\*(13)

#### Neuer Direktor der ZK-Organisationsabteilung

Neuer Direktor der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh (Zhonggong zhongyang zuzhibu) ist ZK-Mitglied Qiao Shi, der gleichzeitig die Position eines Kandidaten des ZK-Sekretariats (seit September 1982) innehat (RMRB, 4. und 19.5.84). Qiao Shi löst Chen Yeping ab, der dieses Amt erst Anfang 1983 übernommen hatte. Über den Verbleib von Chen Yeping, der nicht dem Zentralkomitee angehört, liegen keine Infor-

mationen vor.

Qiao Shi war von März 1978 bis April 1982 stellvertretender Direktor der ZK-Abteilung für internationale Beziehungen und von April 1982 bis Anfang 1983 Direktor dieses ZK-Organs. Die Organisationsabteilung des Zentralkomitees, der Qiao Shi nun vorsteht, ist zuständig für die Personalpolitik innerhalb der zentralen Parteibürokratie und auf der Provinzebene. Sie ist daher von größter Bedeutung für die personelle Absicherung des jeweils gültigen politischen Kurses der Parteiführung. -sch-

\* (14)

#### Neuer Sekretär der ZK-Kommission für Politik und Recht

Neuer Sekretär der Kommission für Politik und Recht des Zentralkomitees der KP Chinas (Zhonggong zhongyang zhengfa weiyuanhui) ist Chen Pixian, der gleichzeitig das Amt eines Sekretärs des ZK-Sekretariats innehat (RMRB, 9.6.84). Er löst Politbüro-Mitglied Peng Zhen ab, der diesen Posten seit Februar 1983 ausfüllte und der sich nun offenbar ausschließlich seiner Arbeit als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses widmet. Die ZK-Kommission für Politik und Recht ist für die öffentliche Ordnung und innere Sicherheit zuständig. Sie befaßt sich nicht nur mit Maßnahmen zur Verhütung und Verfolgung normaler Straftaten sondern auch mit politischen Delikten. Wahrscheinlich untersteht ihr de facto die politische Polizei als Teil der öffentlichen Sicherheitsorgane. -sch-

\* (15)

#### Neuer Parteichef von Beijing

Neuer Parteichef der provinziellen Stadt Beijing ist der bisherige Minister für Land- und Städtebau und für Umweltschutz, der 58jährige Li Ximing. Als Sekretär des Parteikomitees von Beijing löst er den 71jährigen Duan Junyi ab, der im September 1982 auf dem XII. Parteitag der KP Chinas nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt worden war. Der neue Beijinger Parteichef Li Ximing ist seit September 1982 Mitglied des Zentralkomitees der KPCh und stammt aus dem Regierungsapparat. (Beijing Ribao, 15.6.84, nach: SWB, 27.6.84; AW, 6.7.84) -sch-

\* (16)

#### Über 40 Millionen KPCh-Mitglieder

Nach Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KP Chinas zählt die KPCh gegenwärtig mehr als 40 Millionen Mitglieder (XNA, 2.7.84). Dies ist die glei-

che Zahl, die bereits im Juni 1983 angegeben wurde (XNA, 27.6.83). Da allein im Verlauf des Jahres 1983 800.000 neue Mitglieder in die Partei aufgenommen wurden (XNA, 2.7.84), müßte sich die Gesamtzahl gegenwärtig eigentlich um 41 Millionen bewegen. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, steht zu vermuten, daß im letzten Jahr eine vermehrte Anzahl von radikalen Maoisten aus der KP Chinas ausgeschlossen wurde.

Gegenwärtig verfügt die KPCh über 2,5 Millionen Parteiorganisationen an der Basis und über 9 Millionen Parteifunktionäre (XNA, 2.7.84). Insgesamt gibt es rund 21 Millionen Kader in der Volksrepublik China (RMRB, 22.7.83). -sch-

\* (17)

#### Staatsrat setzt Umweltschutzkomitee ein

Der Staatsrat hat mit Beschluß vom 8. Mai 1984 ein Komitee für Umweltschutz (guowuyuan huanjing baohu weiyuanhui) eingesetzt. Das Umweltschutzkomitee ist ein dem Staatsrat unterstehendes Organ und daher unterhalb der Ministerialebene angesiedelt. Seine Aufgabe ist die Erforschung und Festsetzung von Maßnahmen zum Umweltschutz, die Aufstellung von diesbezüglichen Plänen und Forderungen und die Leitung, Organisation und Koordinierung des nationalen Umweltschutzes. Zum Leiter des Umweltschutzkomitees wurde der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng ernannt. Seine Stellvertreter sind der Vorsitzende der Zentralen Planungskommission Song Ping, der stellvertretende Planungschef und stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Kommission für Wissenschaft und Technik Zhao Dongwan, der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Wirtschaftskommission Zhao Weichen und der Minister für Land- und Städtebau und für Umweltschutz Li Ximing. (RMRB, 21.5.84) -sch-

\* (18)

#### Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörungen

In einer Sendung von Radio Beijing wurde über das Bevölkerungsproblem und seine Auswirkungen auf den Umweltschutz in China in kritischer Weise berichtet. Es folgen Auszüge aus dieser Radio-Sendung:

Das Umweltproblem ist eines der wichtigsten Probleme der heutigen Welt, ein Problem, das sich vor allem den Industrieländern stellt. Obwohl China ein Entwicklungsland ist, gibt es auch bei uns in der Umweltfrage schon schlimme Probleme. Mit dem Umweltschutz begann China erst vor 10 Jahren. Die chinesische Regierung schenkt

dieser Aufgabe große Aufmerksamkeit und hat gegen die Umweltverschmutzung vieles unternommen. Der Entwicklungsstand der Wirtschaft in China ist zwar nicht hoch, aber China gehört zu den Staaten in der Welt, deren Industrie am meisten Abgase, Abwässer und Abfälle verursacht.

Die große Bevölkerungszahl ist eine der wichtigsten Ursachen für die Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt. Das Mißverhältnis zwischen rapidem Wachstum der Bevölkerung und der Bodenfläche wird immer krasser. Im Jahre 1975 entfielen auf jeden Chinesen durchschnittlich 0,1 ha Ackerboden. Bis zum Jahre 2000 kommen auf jeden nur 0,08 ha, da sich die Bevölkerung auf 1,2 Milliarden erhöhen wird. In der ersten Zeit nach der Gründung der Volksrepublik vor 30 Jahren brauchte 1 ha Ackerfläche nur 5,4 Personen zu ernähren, und bis zum Jahr 2000 muß ein Hektar 12 Personen Nahrung geben.

Die Entwicklung der Industrie in den Volkskommunen und Straßengemeinschaften beeinträchtigt auch sehr die Umwelt. Nach Statistiken im Jahre 1981 machen mittelgroße und kleine Industriebetriebe über 90% der gesamten 380.000 Betriebe Chinas aus. Die technischen Anlagen dieser Betriebe sind meistens rückständig und verschmutzen die Umwelt sehr. In den letzten Jahren hat sich die Industrie in den ländlichen Volkskommunen und Produktionsbrigaden sehr schnell entwickelt. Es gibt 1 Mio. solcher Betriebe, die meistens keine Vorsorgeeinrichtungen gegen Umweltverschmutzung haben. Außerdem ist die industrielle Standortplanung in China unrationell, d.h. die meisten Industriebetriebe sind in den 40 Großstädten konzentriert, deren Bruttoproduktion 65% des ganzen Landes beträgt.

Ein weiteres Merkmal der Umweltfrage ist der Verbrauch von Kohle, die mehr als 70% des gesamten Energiebedarfs deckt. Die Luftverschmutzung in den Städten und Industrievierteln wird hauptsächlich durch das Verheizen von Kohle verursacht. Chinas Wirtschaft ist z.Z. noch rückständig. Vorläufig kann China noch nicht genug für die Bekämpfung der Umweltverschmutzung ausgeben. Allein für die Abwasserreinigung ist eine Investition von 30 Mrd. Yuan nötig, was sich China auf absehbare Zeit nicht leisten kann. Welche Maßnahmen hat die chinesische Regierung zum Umweltschutz getroffen?

In den letzten 30 Jahren hat China viele seinen Verhältnissen angepaßte Maßnahmen zum Umweltschutz

getroffen und dabei auch ansehnliche Erfolge erzielt. Der Schwerpunkt bei der Kontrolle der Umweltverschmutzung liegt selbstverständlich in den 380.000 Industriebetrieben. 1979 hat der Staat einen Plan für den Bau von 176 Großprojekten zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung ausgearbeitet, von denen schon über 80% erfüllt worden sind. Heute können 17% der Abwässer und 24% der Abfälle aus der Industrie behandelt und wieder genutzt werden. In den Jahren 1981 und 1982 wurden über 1.100 Industriebetriebe, die schwere Verschmutzungen verursachten, geschlossen oder haben sich anderen Produkten zugewendet. Der Staubreigen in Shanghai, der größten Industriestadt Chinas, konnte beispielsweise von 1969 bis 1982 durch wirksame Maßnahmen von 46 t pro qkm im Monat auf 28 t verringert werden.

Die chinesische Regierung hat auch viele Maßnahmen getroffen, um der Zerstörung der Wälder Einhalt zu gebieten. Sie hat das ganze Volk aufgerufen, das Land aufzuforsten und zu begrünen. In den letzten zwei Jahren haben die Bevölkerung und die Volksbefreiungsarmee in den Städten über 60 Mio. Bäume gepflanzt, 8,7 Mio. ha Schutzwaldstreifen gegen den Sandsturm in Nordchina angelegt. Außerdem wurden in China 106 Naturschutzgebiete errichtet. Seit 1969 hat China 22 Schwerpunktstädte für den Umweltschutz bestimmt, darunter Beijing, Shanghai, Hangzhou, Wuzhou und Guilin. Die Grünanlagen machen inzwischen 15% der Gesamtfläche dieser Städte aus. Auch die Forschungsarbeit und Aufklärung des Volkes über den Umweltschutz wurden in den letzten Jahren tatkräftig betrieben. Es gibt heute in China 85 Forschungsinstitute auf Provinz- und Stadtebene, die sich mit dem Umweltschutz beschäftigen. 7.200 Fachleute beschäftigen sich heute mit der Umweltforschung. Sie haben in den letzten Jahren über 1.000 Forschungsaufgaben vollendet. Insgesamt gibt es rund 27.000 Menschen, die für den Umweltschutz tätig sind. Heute gibt es an 23 Universitäten und Hochschulen Chinas die Fachrichtung Umweltschutz und Umweltbau. Über den Umweltschutz gibt es in ganz China 40 Publikationen.

Im Jahre 1984 fand die zweite Umweltschutzkonferenz statt. Sie zog Schlußfolgerungen aus dem Umweltschutz seit den letzten 10 Jahren in China und stellte neue Aufgaben für die Zukunft vor. Bis Ende dieses Jahrhunderts soll das Problem der Umweltverschmutzung im wesentlichen gelöst und die Umwelt der Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der Erhöhung des materiellen und kulturellen Le-

bensniveaus angepaßt werden. (Radio Beijing, 25.6.84, zitiert nach MD, 28.6.84) -lou-

\* (19)

#### Staatsrat richtet Führungsgruppe für Energiequellen auf dem Land ein

Die chinesische Zentralregierung, der Staatsrat der Volksrepublik China, hat die Einrichtung einer Führungsgruppe des Staatsrats für Energiequellen auf dem Land (guowuyuan nongcun nengyuan lingdao xiaozu) beschlossen. Aufgabe der Führungsgruppe soll es sein, einen umfassenden Plan für die Untersuchung der Energiequellen auf dem Land zu erarbeiten, Maßnahmen zur Nutzung dieser Energiequellen vorzuschlagen und die diesbezügliche Arbeit der verschiedenen Behörden zu überwachen, zu überprüfen und zu koordinieren. Zum Leiter der Führungsgruppe wurde der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng ernannt. Seine Stellvertreter sind der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Planungskommission Huang Yicheng und der Direktor des Chinesischen Forschungszentrums für ländliche Entwicklung Du Runsheng. (RMRB, 4.5.84) -sch-

\* (20)

#### Unterschiedliche Äußerungen über den Dalai Lama

Eine scharfe Kritik am Dalai Lama trug der 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, auf der 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des IV. Volkskongresses des Autonomen Gebiets Tibet im Mai 1984 vor: "Der Dalai Lama ist als religiöser Führer in der Geschichte Tibets in Erscheinung getreten. Sein größter Fehler ist der Verrat. Er unternimmt nicht nur verräterische Aktivitäten sondern verbreitet auch falsche Ansichten im Ausland. Er hat dem Vaterland und dem Volk einen schlechten Dienst erwiesen. Dies ist sehr schlecht, und er hat sich dadurch diskreditiert. In den vergangenen Jahren hat der Dalai Lama den Wunsch geäußert, ins Vaterland zurückzukehren, doch er ist nicht bereit, seinen Standpunkt zu ändern. Das ist bedauerlich. (...) Die fünf Prinzipien des Zentralkomitees der KPCh hinsichtlich des Dalai Lama haben unverändert Gültigkeit. Solange er patriotische Gefühle hegt und bereit ist, seine Fehler einzugestehen (sic!), ist er jederzeit willkommen, und wir werden entsprechende Vorkehrungen für ihn treffen. Er kann jedoch noch länger warten, wenn er dem nicht glaubt." (In: Radio Tibet, 13.5.84, nach: SWB, 17.5.84)

Wesentlich zurückhaltender äußerte sich Gyibug Puncogcedain, einer der

stellvertretenden Regierungschefs von Tibet, vor chinesischen und ausländischen Journalisten am 28. Mai 1984 in Beijing: "Unsere Politik gegenüber dem Dalai Lama besteht darin, ihm seine früheren Missetaten zu verzeihen und ihm die Freiheit, (nach Tibet) zu kommen und (wieder) zu gehen, zu garantieren." (XNA, 28.5.84)

Angesichts solch widersprüchlicher Aussagen verwundert es nicht, daß der Dalai Lama die persönliche Sicherheit und Freiheit im indischen Exil einer unsicheren Zukunft in Beijing (selbst der Panchen Lama darf nicht in Tibet residieren!) vorzieht.

Unlängst hat selbst die Parteizentrale den Wahrheitsgehalt der kritischen Äußerungen des Dalai Lama über die schlechte Lebenslage der Tibeter und die unzureichende Religionsfreiheit in einer Kritik an der "linken" Politik der politischen Führung des Autonomen Gebiets Tibet indirekt bestätigt (siehe C.a., April 1984, Ü 15; Radio Tibet, 16.5.84, nach SWB, 22.5.84). Yin Fatang, der es in den 4 Jahren seit 1980 wegen mangelnder Befreiung von "linkem" Gedankengut nicht schaffte, die von der Parteizentrale angeordnete Politik der größeren Freiheiten für Tibet in die Tat umzusetzen, ist trotz der Kritik aus Beijing nach wie vor im Amt. Solange Maoisten und Han-Chauvinisten in Tibet an der Macht sind, dürften keine Aussichten auf eine endgültige Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet bestehen. Der Dalai Lama setzt offenbar in die Reformkräfte um Hu Yaobang und Zhao Ziyang große Hoffnungen, mißtraut jedoch der Führung in Lhasa, die sich bis heute nicht voll hinter den neuen Kurs gestellt hat. -sch-

\* (21)

#### Partei nimmt sich der Heiratsprobleme der Jugend an

Offenbar hat in den Städten eine immer größer werdende Anzahl von jungen Leuten Schwierigkeiten, einen geeigneten Ehepartner zu finden. Das Problem gab kürzlich Anlaß zu einer Diskussion auf einer Sitzung des Parteisekretariats, auf der die Parteiorganisationen aller Ebenen angewiesen wurden, den Heiratsproblemen der älteren Jugend mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Hauptsächlich in den Großstädten, aber nicht nur hier, sei zu beobachten, daß viele jüngere Leute über dreißig noch nicht verheiratet sind (GMRB, 11.6.84, S.1). Auf Weisung der Partei ergreifen nun die Massenorganisationen Initiativen, um Ledigen Gelegenheit zu geben, andere Menschen zu treffen und kennenzulernen. Hier werden vor allem die Gewerk-

schaften, der Jugendverband und der Frauenverband aktiv. So veranstaltete die Gewerkschaft der Erziehungsarbeiter in Beijing eine große Tanzparty, zu der Dozenten, Postgraduierte und wissenschaftlich-technisches Personal der Beijing- und der Volksuniversität geladen waren (GMRB, 10.6.84). Wie es dazu hieß, ist der Anteil an Ledigen über dreißig unter den Intellektuellen verhältnismäßig hoch (ebd.). Offensichtlich widersetzen sich junge Hochschulabsolventen eher als andere Jugendliche den Heiratsvermittlungsbemühungen ihrer Eltern. Zudem dürften sie durch Studium und Beruf so sehr in Anspruch genommen sein, daß ihnen wenig Zeit für andere Aktivitäten bleibt.

Nach Ansicht des Frauenverbandes ist der Anteil jüngerer Frauen bei den Unverheirateten besonders hoch. Hier greift der Frauenverband jetzt vermittelnd ein. Ihm geht es vor allem darum, Aufklärungsarbeit zu leisten gegen die traditionelle Zwangs- und Kaufehe und andere Formen der Einmischung der Familie. Zur Unterstützung junger Frauen mit Heiratsproblemen hat der Frauenverband "Aktivistinnengruppen" gegründet, die heiratswillige Frauen darin bestärken sollen, frei ihren künftigen Ehepartner zu wählen, und ihnen bei der Lösung von Problemen mit der Familie helfen sollen (GMRB, 13.6.84). Zugleich sollen diese Gruppen auch dafür sorgen, daß es für junge Leute mehr Gelegenheiten zum Kennenlernen gibt (GMRB, 13.6.84).

Von seiten der Gewerkschaft wurde ebenfalls betont, daß bessere Bedingungen für das ungezwungene Zusammentreffen von jungen Leuten geschaffen werden müßten. Auch Heiratsannoncen, die es seit einiger Zeit in der Zeitschrift des Jugendverbandes gibt, wurden als eine gute Methode für junge Leute bezeichnet, ihre Heiratswünsche selbst in die Hand zu nehmen (RMRB, 21.6.84, S.4).

Wenn die Massenorganisationen Aktivitäten entfalten, damit junge Männer und Frauen sich kennenlernen, so begreifen sie sich als "Vermittler". Freilich handelt es sich hier um eine neue Art von Vermittlung, bei der es nicht nach materiellen Gesichtspunkten geht, sondern allein um gegenseitige Sympathie. Sie wollen also die freie Wahl des Ehepartners fördern im Gegensatz zu Familienmitgliedern oder Bekannten, bei deren Vermittlungsabsichten immer mehr oder weniger Zwang, zumindest aber Verpflichtung involviert war. -st-

\*(22)

**Korrigendum**

In Übersicht 10 des Mai-Heftes von CHINA aktuell ist der Name des zusätzlich in den Ständigen Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses gewählten Ma Wanqi (persönliche Schreibweise: Ma Man-kee) versehentlich verschrieben worden (C.a., Mai 1984, S.248, Zeile 17). Der 65jährige Ma Wanqi ist Präsident der chinesischen Handelskammer von Macao. Ma Wanqi ist u.a. an mehreren Gemeinschaftsunternehmen in der Wirtschaftssonderzone Zhuhai beteiligt. (Zhongguo xinwenshe, 31.5.84, nach: SWB, 5.6.84) -sch-

\*(23)

**Feier zum sechzigsten Gründungstag der Whampoa-Militärakademie**

Hohe Vertreter von Partei und Regierung der VR China begingen anlässlich des sechzigsten Gründungstages der Whampoa-Militärakademie in der Beijinger Großen Halle des Volkes am 16. Juni 1984 einen Festakt. Die Feier fand unter Vorsitz des Politbüromitglieds und Vizepräsidenten der Militärkommission der KPCh Xu Xiangqian und unter Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Schüler der Militärakademie statt (RMRB, 17.6.84). In allen Reden (z.T. abgedruckt in RMRB, 17.6.84) wurde die seinerzeitige Zusammenarbeit zwischen KPCh und Guomindang betont, und zugleich wurde auf das Vermächtnis Sun Yatsens hingewiesen, die Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden. Auch wurde nicht versäumt, der Hoffnung auf eine erneute Zusammenarbeit mit der GMD Ausdruck zu geben. Parallelveranstaltungen fanden in Nanjing, Guangzhou, Shanghai und Fuzhou statt (RMRB, 18. und 21.6.84).

Die Whampoa-Militärakademie war 1924 von Sun Yatsen mit sowjetischer Hilfe gegründet worden mit dem Ziel, eine nationalrevolutionäre Armee zum Zwecke der Einigung Chinas aufzubauen. Zum ersten Leiter der Akademie wurde Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) bestellt. Im Rahmen der damaligen Einheitsfront zwischen GMD und KPCh waren auch Vertreter der KPCh an der Akademie tätig, so u.a. Zhou Enlai in der Politischen Abteilung. Daß die politische Führung der VR China heute den Jahrestag der Akademiegründung feiert, zeigt, daß sie jede Gelegenheit nutzt, die historische Zusammenarbeit mit der GMD propagandistisch herauszustellen, um auf diese Weise ihre Bereitwilligkeit zu einer erneuten Zusammenarbeit mit Taiwan zu bekunden. Dies ist ein Beispiel für die Verwendung historischer Ereignisse für die aktuelle Politik. -st-

**KULTUR**

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(24)

**Reform der wissenschaftlich-technischen Institute nach dem Vorbild des Elektronik-Instituts Zhuzhou**

Der Staatsrat hat kürzlich Reformversuche gebilligt, nach denen wissenschaftliche und technische Institute nicht mehr Bewilligungsempfänger sein, sondern zu unabhängigen, sich selbst finanzierenden Einheiten werden sollen. Betroffenen sind vor allem Institute für angewandte Wissenschaften und technologische Entwicklung. Grundlage des neuen Systems der Wissenschaftsverwaltung ist ein Vertragssystem, das den Instituten erlaubt, mit anderen Einheiten Verträge über wissenschaftliche oder technische Projekte abzuschließen, für deren Durchführung sie bezahlt werden. Auf diese Weise sollen die Institute von staatlichen Zuwendungen unabhängig werden. Staatliche Projekte oder Projekte übergeordneter Behörden sollen allerdings Vorrang vor denen anderer Unternehmen behalten; sie werden aus speziell von den Behörden bereitgestellten Fonds für wissenschaftlich-technische Entwicklung finanziert. Über die Einnahmen, die die Institute von ihren Auftraggebern erhalten, können die Institute im Rahmen der Vorschriften selbständig verfügen.

Die Institute können eigenverantwortlich Arbeitsgruppen für die jeweiligen Projekte bilden und haben das Recht, Personal einzustellen und ungeeignete Mitarbeiter zurückzustellen. Ihre Einkünfte können die Institute selbst verwalten, wobei sie den Reinertrag nicht abzuführen brauchen, sondern zweckgebunden für den Wissenschafts- und Technikfonds, den Wohlfahrtsfonds und den Prämiensfonds verwenden müssen. Mindestens die Hälfte dieser Mittel muß in den Wissenschafts- und Technikfonds gesteckt werden. Bei hervorragenden Leistungen können die Gehälter vom Institut heraufgesetzt werden. Renten und sonstige Vergünstigungen werden entsprechend den staatlichen Vorschriften gezahlt. Für neue oder Versuchsprodukte brauchen weniger Steuern gezahlt zu werden. Außerdem räumt der Staat den Instituten, die Reformen einführen, Staatsbankkredite mit niedrigem Zinssatz ein, desgleichen die Möglichkeit, Ausrüstung, Ersatzteile usw. vom Ausland einzuführen (GMRB, 24.5.84).

Der Billigung dieser Reformversuche durch den Staatsrat war eine Tagung vorausgegangen, auf der